nicht, wie das Plenum dazu stehen würde. Jedenfalls habe er die Ueberzeugung, daß die Amnestiefrage im Reiche nicht zur Ruhe kommen könne, da fast von allen Parteien Anträge dazu vorlägen. Es sei möglich, daß schon in kürzester Zeit die Entscheidung falle. Ich habe darauf, in der Absicht, einen einheitlichen Entschluß des Rechtsausschusses zustande zu bringen, meinen Antrag noch eingeschränkt und nur Vertagung beantragt, so lange, bis die Fraktionen erneut zu diesen Erklärungen des Justizministers Stellung genommen haben.

Der Justizminister hatte in der fraglichen Sitzung des Rechtsausschusses die Grundsätze bekanntgegeben, nach denen in Sachsen die Begnadigungen behandelt werden. Es ging daraus hervor, daß im wesentlichen noch dieselben Grundsätze für Begnadigungen gelten, die auch unter der Regierung Zeigner maßgebend waren. Es geht aus diesen Grundsätzen hervor, daß wohl kaum in einem andern Lande Deutschlands schon unter so sozialen und fortschrittlichen Gesichtspunkten die Beurteilung der einzelnen Straftaten bei der Untersuchung über Begnadigung geübt wird. Was uns nach meiner Meinung im Interesse der verurteilten Arbeiter not tut, ist deshalb nicht in erster Linie eine Korrektur der Begnadigungspraxis im Freistaat Sachsen, sondern eine solche in den vielen andern mehr oder minder reaktionären Ländern des Reiches. Man muß es deshalb als Sozialdemokrat geradezu begrüßen, daß Amnestiegesetze nicht mehr von einzelnen Ländern in Angriff genommen werden, sondern daß jetzt das Reich durch eine generelle Regelung auch solche Bundesstaaten zwingen könnte, in angewiesener Weise die Begnadigungspraxis walten zu lassen, wo sonst an ein Landesamnestiegesetz oder an eine soziale Gnadenpraxis niemals zu denken sein würde. Gerade die sächsische Sozialdemokratie sollte deshalb alles tun, was in ihren Kräften steht, um das Reich zu einer Amnestievorlage zu drängen.

Ist also, rein politisch und sachlich betrachtet, die Stellungnahme der Linken unserer Fraktion in diesem Falle unnötig hitzig und dazu noch politisch unklug, so muß ich auch weiter feststellen, daß, zur Konstruierung eines so schroffen Gegensatzes um so weniger Veranlassung vorlag, als auch die Fraktionsmehrheit die Erklärung hatte abgeben lassen, daß sie sich einer Amnestie nicht widersetze, sondern nur wünsche, daß in einheitlicher Linie mit dem Reiche vorgegangen werden möchte.

*

Genosse Fellisch behauptet in seinem Artikel, daß die Begnadigungspraxis in Sachsen liberaler sei als sonst in irgendeinem Lande. In Sachsen sind wegen der Ausschreitungen in der Inflationszeit in großer Zahl harte Strafen verhängt worden. Wenn sich auch die Richter in sehr vielen Fällen an die gesetzlichen Mindeststrafen gehalten haben, so kann es deshalb doch zu hohen Strafen, weil der hier in Betracht kommende Landfriedensbruch-Paragraph schon wegen Rappalien eine Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis vorsieht. Die Verurteilten haben nur zum Teil ihre Strafen abbüßen müssen, in manchen Fällen ist schon von den Gerichten eine Bewährungsfrist gegeben worden, in andern Fällen haben allerdings die Gerichte die Bewilligung einer Bewährungsfrist verweigert. Damit ist nicht gesagt, daß in all diesen Fällen überhaupt keine Bewährungsfrist gewährt worden ist, da ja das Ministerium die Möglichkeit hat, auch dann Bewährungsfrist zu geben, wenn sie von den Richtern versagt wird. Es wäre dringend notwendig, daß einmal der Oeffentlichkeit eine Statistik darüber vorgelegt würde, wieviel Menschen wegen Inflationsunruhen in Sachsen verurteilt wurden, wieviel davon ihre Strafen ganz und teilweise verbüßen mußten oder noch abzubüßen haben und wieviel bisher Bewährungsfrist bekommen haben. Auch das müßte mitgeteilt werden, wieviel Prozesse wegen Inflationsunruhen noch laufen, denn nur, wenn man diese Unterlagen hat, kann man sich ein Bild über die Tragweite einer Amnestie machen. Mag aber die Zahl der in Betracht kommenden Personen groß oder klein sein, so scheint uns doch unter allen Umständen geboten, daß mit jeder Justiztätigkeit gegen die an den Inflationsunruhen Beteiligten jetzt Schluß gemacht wird und daß alle diejenigen, die etwa noch im Gefängnis sitzen, möglichst bald herausgelassen werden.

Auf eine Aktion des Reichstages könnte nur dann gewartet werden, wenn man die absolute Sicherheit hätte, daß in allerkürzester Frist die Angelegenheit durch das Reich erledigt wird. Da aber im Ausschuß des Reichstages alle die Amnestie betreffenden Anträge abgelehnt wurden, scheint das nicht der Fall zu sein, und unter diesen Umständen ist es notwendig, die Amnestiefrage durch Beschlüsse des Sächsischen Landtages zu erledigen. Es geht nicht an, daß Inflationsopfer, und wenn es auch noch so wenige sind, noch immer hinter Schloß und Riegel sind, weil man sich in den Parlamenten über die Form der Amnestie nicht einigen kann. Zum mindesten müßte der Justizminister die feste Zusicherung geben, daß Strafverfahren und Strafvollstreckung gegen die wegen Inflationsunruhen Verurteilten oder Angeklagten so lange ausgesetzt werden, bis eine Entscheidung des Reiches vorliegt.

Im übrigen schließen wir uns dem Wunsche des Genossen Fellisch an, daß man es nicht bei Einzelfragen, bei denen auch schließen, der in seinem Artikel dem dringenden Wunsche Ausdruck gibt, daß man es nicht bei Einzelfragen, bei denen prinzipielle Meinungsverschiedenheiten gar nicht vorhanden sind, zu Zerwürfnissen zwischen den beiden Fraktionsflügeln kommen lassen sollte, die dann noch dazu zum Gaudium der Gegner und zum Aerger unsrer Parteigenossen in der Oeffentlichkeit ausgetragen werden. Wir wünschen, daß der sächsische Konflikt recht bald dadurch beseitigt wird, daß sich die Mehrheit der Landtagsfraktion den Beschlüssen der Landesversammlung fügt. Bis zur Erledigung dieses Konflikts sollten sich aber beide Teile in der Oeffentlichkeit im Interesse der Partei möglichste Zurückhaltung auferlegen.

Dem Parteivorstand sollten die leidigen Vorgänge, die wir immer wieder in Sachsen erleben, zeigen, daß die Erledigung des Sachsen-Konfliktes nicht weiter hinausgezogen werden darf. Die Meißner Volkszeitung rügt es, daß man den Parteiausschuß, der in der vergangenen Woche tagte, vorübergehen ließ, ohne sich mit der Sachsenfrage zu beschäftigen. Mit Recht sagt die Meißner Volkszeitung dem Parteivorstand, daß er sich in noch höherem Maße als bisher mitschuldig macht an allem, was sich in Sachsen ereignen kann, wenn er nicht schleunigst die Einigungsverhandlungen veranlaßt.

## Die Reichswehr holzt in Bayern!

**München, 24. Februar.** (Eig. Funkspruch.) In Kempten im Allgäu kam es auf einem Ball in der Sonntagnacht zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und Fleischergesellen. Im Laufe der blutigen Schlägerei holte ein Feldwebel morgens um 4½ Uhr aus der Kaserne eine Abteilung Soldaten mit Stahlhelm und aufgepflanztem Seitengewehr und ließ die Zivilpersonen festnehmen und noch der Wache bringen. Auf beiden Seiten gab es viele Schwerverletzte.

So siegt die Reichswehr in Bayern!

# Reaktionäre Rechenkünste

### Zum Magdeburger Reichsbannertag

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:

Am Sonntag haben unsre Reichsbannerleute in Magdeburg gezeigt, daß die Republik lebt! Kein Wunder, wenn die reaktionäre Presse vor Wut und Aerger schäumt und sich bemüht, die eindrucksvolle Kundgebung von 100 000 deutschen Republikanern in den Schmutz zu zerren. Wo mit Dreck geworfen wird, sind natürlich auch die Kommunisten dabei, und so sehen wir sie wieder einmal in trauter Gemeinschaft mit ihren deutschnationalen Bundesbrüdern!

Der Haß der Rechten und Linken gründet sich jedoch in erster Linie auf die Erkenntnis, daß es dem Reichsbanner gelungen ist, einen wesentlichen Bestandteil der bisher ohne jede politische Schulung umherirrenden Volksgenossen unter der schwarzrotgoldnen Fahne zu sammeln und auf die Republik zu verpflichten. Die Größe dieses Kummers auf beiden Seiten ergibt sich aus dem Grad jener Verlogenheit, mit dem die Beteiligung an der Reichsbanner-Kundgebung herabgesetzt werden soll. Die Berliner Kreuzzeitung hat z. B. ausgerechnet, daß es statt 100 000 Teilnehmern nur 29 696 waren, während selbst das bürgerliche Wolff-Bureau die Beteiligung von 100 000 Menschen feststellen muß. Wie niederträchtig die Feststellung der Kreuzzeitung ist, zeigt eine Berechnung, die von ehemaligen Militärs und aktiven Schupo-Offizieren über die Beteiligung an der Veranstaltung des Reichsbanners vorgenommen worden ist. Aus dieser Berechnung ist zu ersehen, daß der Domplatz in Magdeburg für den Fall, daß auf einem Quadratmeter vier Personen Platz genommen haben, rund 100 000 Menschen aufnehmen kann, und da der Platz bis auf den letzten Flecken besetzt war, ja darüber hinaus noch ein großer Teil der Kameradschaften auf den anliegenden Straßen Aufstellung nehmen mußte, kann über die Zahl der Beteiligung nur noch dort Zweifel herrschen, wo Zweifel aus politischen und taktischen Gründen erhoben werden muß! Das ist bei der Rechtspresse und bei den Kommunisten der Fall, so daß man sich über ihr Mutgeheul und ihre Rechenkunst nicht zu wundern braucht.

*

### Republikanischer Tag in Greifswald

Aus Greifswald wird uns berichtet, daß die Reichsbanner-Organisationen des gesamten Bezirks Vorpommerns sich am Sonntag in Greifswald, der Hochburg der pommerschen Reaktion, zu einer machtvollen Kundgebung für die deutsche Republik vereinigten. Weit über tausend Reichsbanner-Kameraden waren trotz den schlechten Verkehrsverhältnissen aus allen Teilen des Bezirks erschienen. Nachmittags fand bei klarem Wetter durch die Straßen der Stadt ein imposanter Umzug der Republikaner statt, denen sich zahlreiche Greifswalder anschlossen. Im Anschluß daran sprach in der überfüllten Greifswalder Stadthalle der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer unter lebhaftem Beifall. Der Stahlhelmbund und andre rechtsstehende Verbände Pommerns hatten für ganz Pommern zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Der Landbund brachte auf Lastkraftwagen seine Leute nach Greifswald. Die Zahl der Reichsbanner-Demonstranten übertraf jedoch bei weitem die Zahl der Teilnehmer der Gegenkundgebung. Dank der mustergültigen Haltung der Schutzpolizei und der Disziplin der Reichsbannerleute unterblieb jeder Zusammenstoß.

## Wer siegte in Thüringen?

Es hat in den letzten Jahren in Deutschland kaum eine Wahl gegeben, sei es nun zu den Parlamenten der Länder oder der Städte, in der die bürgerlichen Rechtsparteien nicht „gesiegt" hätten. — Gesiegt natürlich nach bürgerlichem Muster. Selbst bei den schlimmsten Verlusten und der größten Niederlage wußten sie nach außen einen „Sieg" zu konstruieren, ja, sie sagten es, und wenn es noch so dumm war. Am Sonntag haben nun in Thüringen die Gemeindewahlen stattgefunden. Liest man die große bürgerliche Presse, dann gibt es nur einen „Sieg" auf der ganzen Linie für das Vereinigte Bürgertum. Wie aber liegen die Dinge in der Wirklichkeit?

Die Thüringer Kreis- und Gemeinderatswahlen standen unter dem Zeichen einer äußerst schwachen Wahlbeteiligung. Sie betrug in einigen Orten nur 50 Prozent und noch weniger. Alle Parteien ohne Ausnahme haben darunter mehr oder weniger gelitten. Während die bürgerlichen Parteien z. B. in Weimar bei den Reichstagswahlen, die jetzt zum Vergleich herangezogen werden, rund 13 300 Stimmen aufbrachten, konnten sie diesmal nur 7924 auf sich vereinigen. Im gleichen Verhältnis sind auch die Stimmen der Sozialdemokratie von 5855 auf 3832 zurückgegangen. In Jena erlitten die Linksparteien gegenüber der letzten Reichstagswahl einen Stimmenverlust von 16 Prozent, während die bürgerlichen Parteien 30 Prozent der früheren Stimmen einbüßten. Auch in Eisenach läßt sich ein zahlenmäßiger Rückgang der Partei prozentual feststellen, während sich in andern Orten die sozialdemokratischen Stimmen im Vergleich zu der Wahl vom 7. Dezember vermehrten. So werden z. B. im Altenburger Stadtrat in Zukunft 17 Sozialdemokraten und ein Kommunist dem Vereinigten Bürgertum in Stärke von 17 Mitgliedern und 2 Demokraten gegenüberstehen. Im Stadtrat und Kreisrat von Meuselwitz bleibt die sozialdemokratische oder sozialdemokratisch-kommunistische Linksmehrheit bestehen, 15 200 sozialistische Stimmen stehen hier 12 332 bürgerlichen, 1738 demokratischen und 2094 kommunistischen Stimmen gegenüber.

Es kennzeichnet nur die Verlogenheit der Rechtspresse, wenn sie trotz den klaren Tatsachen von einem „Sieg" spricht. Viel eher hätte die Sozialdemokratie hierzu Anlaß, denn sie hat trotz der Barmathetze und den unendlichen Verleumdungen gegen sie ihre bisherige Stimmenzahl überall mit ganz geringen Ausnahmen behauptet. Alle Lügen und selbst die verleumderischen Artikel des Herrn Müller, Brandenburg — um den wir das Bürgertum nicht beneiden — gegen die Sozialdemokratie haben die Stellung unsrer Partei in Thüringen nicht zu erschüttern vermocht. Die thüringischen Parteigenossen haben am Sonntag ihren Mann gestanden, und dafür gebührt ihnen der Dank der ganzen Partei. Sie haben einen wirklichen Sieg des Vereinigten Bürgertums verhindert. Das ist unser Stolz. Den Herren der Rechten aber wünschen wir, daß sie weiter „siegen". Wer seit Jahren so „siegt" wie sie, wird sich eines Tages auch noch zu Tode siegen.

## Feste Haltung in Hessen

**St. Darmstadt, 23. Februar.** (Eig. Drahtb.) Je länger die hessische Regierungskrise dauert, desto komplizierter wird sie. Die Versuche des Zentrums und der Demokraten, die Regierungsbasis nach rechts zu erweitern, sind an der festen Ablehnung durch die Sozialdemokratie gescheitert. Die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund haben jetzt gemeinsam beantragt, die hessische Verfassung dahin zu ändern, daß eine einfache Mehrheit beschließen kann, den Landtag aufzulösen. Die einzige Partei, die während der Regierungskrise eine klare Linie einnimmt, ist die Sozialdemokratie. Sie stand von Anfang an auf dem Standpunkt, an der Weimarer Koalition, die über eine ausreichende Mehrheit verfügt, festzuhalten. In einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung des Landesvorstandes und des Landesausschusses wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Landesvorstand und der Landesausschuß der Sozialdemokratischen Partei Hessens erklärten sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Frage der hessischen Regierungsbildung voll und ganz einverstanden. Einmütig und geschlossen steht die ganze Sozialdemokratische Partei Hessens zu der derzeitigen Ablehnung einer großen Koalition. Die Haltung der Deutschen Volkspartei im Reichstag und im Preußischen Landtag schließt ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dieser Partei im hessischen Landtag von selbst aus. Die Sozialdemokratische Partei ist nach wie vor bereit, mit den Parteien der Weimarer Koalition, wie in den zurückliegenden sechs Jahren, so auch in der Zukunft eine durch den Willen des hessischen Volkes am 7. Dezember 1924 geschaffene tragfähige Regierung zu bilden. Zu einer Aenderung der hessischen Verfassung liegt für die Sozialdemokratische Partei Hessens keine Veranlassung vor."

Es bleibt jetzt zur Lösung der Regierungskrise nur noch der Weg, entweder zurückzukehren zur Weimarer Koalition oder die Auflösung des Landtags zu beschließen.

## Die Lage in Oesterreich

In der letzten Zeit ist die Aufmerksamkeit wieder auf die Lage des angeblich „sanierten" Oesterreich gelenkt worden. Zur Kennzeichnung der Situation genügt die Anführung einer einzigen Tatsache: die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich beträgt gegenwärtig 200 000 – jeder fünfte Arbeiter und Angestellte ist arbeitslos. Selbst unmittelbar nach dem Kriege und dem Zusammenbruch der alten Monarchie, in der Zeit der ärgsten wirtschaftlichen Zerrüttung und sozialen Erschütterung waren die Arbeitslosigkeit und das Elend der Massen nicht so groß wie nach zweieinhalb Jahren „Sanierung".

Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs hat bekanntlich von Anfang an die Politik der Sanierung mit rein kapitalistischen Mitteln abgelehnt, die jetzt solche Ergebnisse zeitigt. Die Stellungnahme der Sozialisten gegenüber der gegenwärtigen Situation wird von dem Zentralorgan der Partei, der Wiener Arbeiterzeitung, in folgenden Worten ausgedrückt:

„Es gibt niemand in Oesterreich mehr, der es nicht schon verstünde, daß es ohne weiteres möglich wäre, Staatsausgaben und Staatseinnahmen ins Gleichgewicht zu bringen und damit die Sanierungsperiode für beendigt zu erklären, wenn man sich nur nicht darauf versteifte, daß dieses Gleichgewicht gerade auf dem Niveau von 495 Millionen Goldkronen hergestellt werden müsse. Wenn man freilich, statt diese unerfüllbare Bedingung zu beseitigen und dadurch die Periode der Kontrolle abzukürzen, mit immer neuen Bedingungen kommt und uns zu ihrer Begründung herunterputzt, wie die Herren vermutlich ihre Lakaien herunterzuputzen pflegen, dann freilich zerstört man unsern Kredit im Ausland vollends, dann freilich bereitet man unsrer Industrie nur immer größere Schwierigkeiten, sich Auslandkredite zu beschaffen. Die jüngste Resolution des Finanzkomitees des Völkerbundes von Genf werden neue Tausende österreichischer Arbeiter und Angestellten mit der Not der Arbeitslosigkeit büßen!

Was wir am dringendsten brauchen, das ist, daß sich unsre Volksvertretung endlich ermanne! Daß sie es endlich wage, gegen die dreiste Beleidigung unsres Selbstgefühls zu protestieren, die ganze erbärmliche Unwissenheit dieser sogenannten Sachverständigen, die auf Grund der fragwürdigsten Informationen ihre Urteile über Oesterreich fällen, vor aller Welt an den Pranger zu stellen und vor allem gegen dieses Komitee der Hochfinanz, das schließlich noch nicht der Völkerbund selbst ist, an die Regierungen und an die Völker zu appellieren ... Denn der Völkerbund, von dessen ohnehin nicht allzu gefestigtem Prestige nicht wenig an der österreichischen Sache hängt, würde sehr bald eine andre Sprache sprechen, wenn er sich endlich nicht einer Bande würdeloser Bettler, sondern einer ihrer Freiheit und Würde bewußten Nation gegenübersähe."

Die Sozialdemokraten haben daher im Hauptausschuß des österreichischen Nationalrats eine im gleichen Sinne gehaltene Resolution eingebracht, in der es heißt, daß „das Finanzkomitee des Völkerbundes eine Resolution gefaßt hat, die auf ganz unzulänglichen Informationen beruht, den wichtigsten Erfordernissen der österreichischen Volkswirtschaft nicht Rechnung trägt und die Würde der Republik unziemlich verletzt". Der Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

## Kontrollbericht und Konferenz

**P. Paris, 24. Februar.** (Eig. Funkspruch.) Das Gutachten des Militärkomitees in Versailles über den Abrüstungs-Kontrollbericht wird nicht vor Ende dieser Woche fertiggestellt werden. Die Verzögerung wird dadurch bedingt, daß der englische Delegierte auf diesem Komitee nicht selbständig zu dem Bericht der Militärkontrollkommission Stellung nehmen wird, sondern die Entscheidung seiner Regierung abwarten muß. Der Konferenzbericht wird augenblicklich vom britischen Generalstab geprüft. Am Mittwoch wird sich das englische Kabinett in einer Sondersitzung mit dem Bericht befassen.

Die Frage der Veröffentlichung des Kontrollberichts scheint noch nicht völlig geklärt zu sein. Die Meldungen verschiedener englischer Blätter, wonach sich Frankreich der Veröffentlichung entgegensetzen will, werden in Paris dementiert.

Es wird erklärt, daß die internationale Konferenz nach dem 15. März in Brüssel zusammentreten wird. Die französische Regierung hat jedoch noch immer nicht dazu Stellung genommen. Die Frage der Zuziehung Deutschlands zu dieser Konferenz wird augenblicklich über Paris und London erörtert. Man wird sich auf ein Kompromiß einigen, daß Deutschland dann zugezogen werden soll, wenn eine Einigung zwischen den Alliierten erzielt ist. Die Verhandlungen mit Deutschland sollen sich auf die Art der Durchführung der Beschlüsse und nicht auf die Beschlüsse selbst beziehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250224/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG